



Hier zu hoch, dort zu niedrig

Hier zu hoch, dort zu niedrig
Die aktuelle Inflationsrate im Euroraum liegt mit 1,6 Prozent deutlich unter jenen 2 Prozent, die sich die Europäische Zentralbank als Obergrenze für den Preisanstieg gesetzt hat. Doch nur im Länderdurchschnitt ist alles gut, denn in einigen Ländern droht Deflation, andere wie Deutschland kommen der 2-Prozent-Grenze gefährlich nahe oder liegen sogar deutlich darüber. Bei ihren Inflationsprognosen ist die Europäische Zentralbank (EZB) momentan optimistisch: Sie erwartet für 2013 und 2014 nur 1,5 Prozent Preiszuwachs. Allerdings orientiert sich die EZB bei ihrer Geldpolitik an der durchschnittlichen Inflationsrate im Euroraum. Dieser teilt sich zurzeit in Länder mit hoher Inflation, wie Estland (3,9 Prozent), die Niederlande (3,1 Prozent) sowie Finnland (2,5 Prozent) und in Länder nahe der Deflation wie Portugal (0,8 Prozent), Zypern (0,7 Prozent), Irland (0,7 Prozent), sowie Griechenland, das mit einer Rate von -0,5 Prozent bereits im fünften Monat in Folge in der Deflation ist. Das Problem daran ist, dass Deflation gefährlicher als Inflation ist. Denn bei sinkenden Preisen sinken auch die Umsätze der Unternehmen, was ihr Insolvenzrisiko erhöht und den Risikoaufschlag für Kredite in die Höhe treibt. Dies ist zurzeit gerade für Unternehmen in den Krisenstaaten Griechenland und Irland gefährlich: Eine Unternehmensbefragung der EZB ergab, dass 38 Prozent der hellenischen Mittelständler den Zugang zu Finanzierung als ihr größtes Problem ansehen; 31 Prozent berichten von abgelehnten Kreditanträgen und über ein Drittel der Unternehmen leidet unter zu hohen Zinsen. Für Irland sind die Zahlen ähnlich. Diese Entwicklung ist ein Dilemma für die EZB: Solange die Banken in den Krisenländern nicht ausreichend saniert sind, können sie die niedrigen Zinsen der Zentralbank nicht an die Unternehmen weitergeben. Die Niedrigzinsen der EZB bergen für die übrigen Länder wie Deutschland indes Gefahren. So sind in der Bundesrepublik nicht nur die Zinsen zu niedrig, sondern die Inflationsrate ist mit 1,9 Prozent überdurchschnittlich hoch. Dies führt zu negativen Realzinsen und damit zu einer Entwertung der Ersparnisse. Erhöhen kann die EZB die Zinsen allerdings erst wieder, wenn die Banken der Krisenländer ausreichend saniert sind. Dies sollte deshalb konsequent verfolgt werden. Denn beispielsweise die Erfahrung mit der japanischen Bankenkrise lehrt, dass eine jahrelange Verschleppung von Bankenproblemen zu lang andauernden Wachstumsproblemen führt.
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
Konrad-Adenauer-Ufer 21
50459 Köln
Deutschland
Telefon: 0221 4981-1
Telefax: 0221 4981-533
Mail: presse@iwkoeln.de
URL: www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=541816

Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

50459 Köln

iwkoeln.de
presse@iwkoeln.de

Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

50459 Köln

iwkoeln.de
presse@iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge ? über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.